

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

### **des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung (18. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD  
– Drucksache 18/10239 –**

### **Dem Frieden verpflichtet – Friedens- und Konfliktforschung stärken**

#### **A. Problem**

Friedens- und Konfliktforschung sind für Regierung, Parlament und Gesellschaft unverzichtbar zur Friedenssicherung, Gewalt- und Krisenprävention sowie zur Lösung von Konflikten. Trotz zahlreicher politischer Erfolge in den letzten Jahrzehnten im Bereich der Konfliktbewältigung benötigt die Politik, insbesondere aufgrund der aktuell deutlich angestiegenen sicherheits- und friedenspolitischen Herausforderungen, kontinuierlich neue bzw. fallspezifische Erkenntnisse. Obwohl der Deutsche Bundestag mit der Bereitstellung von zusätzlichen Mitteln für die Förderung der Friedens- und Konfliktforschung im Bundeshaushalt 2014, 2015 und 2016 einen wichtigen Schritt zu ihrem Ausbau getan hat, sollte sie in ihrer disziplinären Vielfalt und Breite sowie Interdisziplinarität und Praxisorientierung weiter gestärkt werden.

#### **B. Lösung**

Die Bundesregierung soll aufgefordert werden, im Rahmen verfügbarer Haushaltsmittel die Friedens- und Konfliktforschung weiterhin gezielt zu fördern und ihre Ergebnisse noch stärker in ihrer Arbeit auf allen Ebenen einfließen zu lassen. Im Einzelnen soll u. a. die wissenschaftliche Befassung mit besonders akuten Themenstellungen und der wissenschaftliche Nachwuchs in diesem Bereich gefördert werden. Ferner sollen das BMBF und andere Ressorts prüfen, inwieweit in ihren Programmen Themen der Friedens- und Konfliktforschung eingebunden werden können. Schließlich sei auf eine externe Evaluierung des Forschungsfelds bei allen relevanten deutschen Einrichtungen durch den Wissenschaftsrat und auf europäischer Ebene auf eine stärkere Einbeziehung der Forschung in das Rahmenprogramm „Horizont 2020“ hinzuwirken. Auf internationaler Ebene sei der Austausch in der Friedens- und Konfliktforschung weiter zu befördern und in regel-

mäßigen Abständen eine internationale Konferenz zu aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnissen aus der Friedens- und Konfliktforschung durchzuführen bzw. zu unterstützen.

**Annahme des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.**

**C. Alternativen**

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 18/10239.

**D. Kosten**

Wurden nicht erörtert.

### **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag auf Drucksache 18/10239 anzunehmen.

Berlin, den 14. Dezember 2016

### **Der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung**

**Patricia Lips**  
Vorsitzende

**Dr. Claudia Lücking-Michel**  
Berichterstatterin

**René Röspel**  
Berichterstatter

**Ralph Lenkert**  
Berichterstatter

**Kai Gehring**  
Berichterstatter

## Bericht der Abgeordneten Dr. Claudia Lücking-Michel, René Röspel, Ralph Lenkert und Kai Gehring

### I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 18/10239** in seiner 199. Sitzung am 10. November 2016 beraten und dem Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur federführenden Beratung und dem Auswärtigen Ausschuss, dem Innenausschuss, dem Haushaltsausschuss, dem Ausschuss für Wirtschaft und Energie, dem Verteidigungsausschuss, dem Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe, dem Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie dem Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen.

### II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Fraktionen der CDU/CSU und SPD erklären, dass die Friedens- und Konfliktforschung für Regierung, Parlament und Gesellschaft unverzichtbar zur Friedenssicherung, Gewalt- und Krisenprävention sowie zur Lösung von Konflikten sei. In der Bundesrepublik Deutschland arbeiteten bereits viele exzellente und international anerkannte wissenschaftliche Einrichtungen auf diesem Forschungsfeld und stellten wissenschaftliche Expertise als Wissens- und Entscheidungsgrundlage für Politik und Gesellschaft zur Verfügung. Trotz zahlreicher politischer Erfolge im Bereich der Konfliktbewältigung in den letzten Jahrzehnten auf Basis wissenschaftlicher Politikberatung durch international anerkannte deutsche Institutionen benötige die Politik, insbesondere aufgrund der aktuell deutlich angestiegenen sicherheits- und friedenspolitischen Herausforderungen, kontinuierlich neue bzw. fallspezifische Erkenntnisse. Obwohl der Deutsche Bundestag mit der Bereitstellung von zusätzlichen Mitteln für die Förderung der Friedens- und Konfliktforschung im Bundeshaushalt 2014, 2015 und 2016 einen wichtigen Schritt zu ihrem Ausbau getan habe, sollte sie in ihrer disziplinären Vielfalt und Breite sowie Interdisziplinarität und Praxisorientierung weiter gestärkt werden. Die Fraktionen begrüßten das Engagement des BMBF, u. a. mit seiner Projektförderung die Friedens- und Konfliktforschung zu unterstützen.

Die Bundesregierung soll aufgefordert werden, im Rahmen verfügbarer Haushaltsmittel die Friedens- und Konfliktforschung weiterhin gezielt zu fördern und ihre Ergebnisse noch stärker in ihre Arbeit auf allen Ebenen einfließen zu lassen. Im Einzelnen soll u. a. die wissenschaftliche Befassung mit besonders akuten Themenstellungen und der wissenschaftliche Nachwuchs in diesem Bereich gefördert werden. Ferner sollen das BMBF und andere Ressorts prüfen, inwieweit in ihren Programmen Themen der Friedens- und Konfliktforschung eingebunden werden können. Schließlich sei auf eine externe Evaluierung des Forschungsfelds bei allen deutschen relevanten Einrichtungen durch den Wissenschaftsrat und auf europäischer Ebene auf eine stärkere Einbeziehung der Forschung in das Rahmenprogramm „Horizont 2020“ hinzuwirken. Auf internationaler Ebene sei der Austausch in der Friedens- und Konfliktforschung weiter zu befördern und in regelmäßigen Abständen eine internationale Konferenz zu aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnissen aus der Friedens- und Konfliktforschung durchzuführen bzw. zu unterstützen.

### III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der mitberatende **Auswärtige Ausschuss** hat in seiner Sitzung am 30. November 2016 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 18/10239 anzunehmen.

Der mitberatende **Innenausschuss** hat in seiner Sitzung am 14. Dezember 2016 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 18/10239 anzunehmen.

Der mitberatende **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat in seiner Sitzung am 14. Dezember 2016 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Antrag auf Drucksache 18/10239 anzunehmen.

Der mitberatende **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat in seiner Sitzung am 14. Dezember 2016 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 18/10239 anzunehmen.

Der mitberatende **Haushaltsausschuss**, der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie**, der **Verteidigungsausschuss** sowie der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** haben jeweils in ihren Sitzungen am 14. Dezember 2016 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 18/10239 anzunehmen.

#### IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat den Antrag auf Drucksache 18/10239 in seiner 82. Sitzung am 14. Dezember 2016 beraten und empfiehlt:

Annahme des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Die **Fraktion der CDU/CSU** erklärt, dass angesichts vielfältiger weltweiter Konflikte, aber auch innergesellschaftlicher Spannungen in Deutschland gute Innen- und Außenpolitik sowie eine gute wissenschaftliche Forschung und Politikberatung von Nöten sei. Auf der Basis intensiver Debatten sei ein konsensfähiger Antrag zur Stärkung der Friedens- und Konfliktforschung vorgelegt worden.

Das Forschungsfeld sei im Hinblick auf seine Akteure, beteiligte Disziplinen und Perspektiven sehr vielfältig. Es dürfe allerdings nicht als Hintergrund für Beschwichtigungen dienen, dass es bereits ausreichende Friedens- und Konfliktforschung gebe. Unterschiedliche Perspektiven auf den Forschungsgegenstand zeichneten jedoch eine gute Wissenschaft aus.

Die Fraktion begrüßt, dass die Finanzmittel für diesen Bereich zwar mäßig, aber doch aufgestockt worden seien und skizziert vier Punkte des Antrags: Es solle

1. mit dem Antrag der Wissenstransfer aus der Forschung in die konkrete Politik und die gesellschaftliche Debatte gestärkt werden;
2. der Blick auf die Ursachen von Konflikten und neue Herausforderungen unter dem Stichwort „Cyberraum“ gelenkt werden;
3. die wissenschaftliche Qualität der Forschung im Rahmen der internationalen Vernetzung gefördert und
4. für eine regelmäßige Evaluation gesorgt werden.

Von Seiten der Fraktion wird auf die Rede der Abgeordneten Kathrin Vogler (DIE LINKE.) in der ersten Lesung zum Antrag eingegangen: Sie könne deren Wertung, dass eine zu regierungsnahen Friedens- und Konfliktforschung mit dem Antrag gefördert werden solle, nicht folgen. Nach Auffassung der Fraktion werde das Ziel verfolgt, den Rahmen für eine plurale Wissenschaft zu fördern, in der unterschiedliche Akteure nach wissenschaftlichen Kriterien erzielte Forschungsergebnisse vorlegten. Es werde als ein gutes Zeichen für Pluralität gewertet, wenn die Reaktionen auf den Antrag die widersprüchlichen Vorwürfe beinhalteten, er sei sowohl zu regierungsnah als auch zu weit links. Die Rolle der Politik dürfe es nicht sein, bereits vorher festgelegte bzw. gewünschte Forschungsergebnisse zu bestellen.

Die **Fraktion DIE LINKE.** eröffnet die Berichterstattung mit dem Hinweis, dass der vorliegende Antrag längst überfällig sei, jedoch auch Anlass zur Kritik gebe. Das Forschungsziel „Sicherung der Rohstoffversorgung der deutschen Wirtschaft“ stehe dem Ziel einer friedlichen Welt entgegen, weil Eigennutz die Ursache neuer Auseinandersetzungen werden könne. Landübernahme von Bäuerinnen und Bauern in Entwicklungsländern führe zu Konflikten, die die deutsche Außenpolitik nicht verhindere.

Wenn diese Forschungsergebnisse von der Bundeswehrhochschule in München, eine von der Fraktion eigentlich kritisierten Einrichtung, ignoriert würden, dann erscheine ihr die Vorlage als ein „Alibiantrag“, der die Friedens- und Konfliktforschung nicht wesentlich voranbringe.

Vor dem Hintergrund bewerte die Fraktion die Vorlage als „Alibiantrag“, der die Friedens- und Konfliktforschung nicht wesentlich voranbringe. Sie kritisiert angesichts der anwachsenden weltweiten kriegerischen Konflikte den zu geringen Mittelaufwuchs für die Friedens- und Konfliktforschung. Sie wolle eine stärkere Förderung von Friedens- und Konfliktforschung außerhalb staatlicher Organisationen, denn die Legitimation von regierungsnaher Forschung in Regionen, wo die Bundeswehr zum Einsatz komme, falle schwer. Es sei sehr verwunderlich, wenn das humanistische und christliche Ideal einer friedlichen Welt von Seiten der Unionsfraktion als „linkes Ziel“ diffamiert werde. Die Fraktion fordert, mehr Mittel für die Friedens- und Konfliktforschung zur Verfügung zu stellen und die Forschungsergebnisse von Einrichtungen, auch wenn sie diese eher skeptisch betrachte, ernst zu nehmen.

Die **Fraktion der SPD** geht zunächst auf die Berichterstattung der Fraktion DIE LINKE. ein. Die Kritik sei zum großen Teil konstruiert, da die Beispiele, auf die sie sich bezogen habe, nicht Inhalt des Antrags seien. In dem diskutierten Politikfeld und auch im Hinblick auf die angesprochenen Militäreinsätze gebe es keine einfachen Lösungen. Der Bedarf an Friedens- und Konfliktforschung sei vor dem Hintergrund vieler und oft nicht voraussehender Konflikte und fehlender angemessener Reaktionen deutlich vorhanden. Der Antrag weise auch diesbezüglich konkrete Vorschläge auf. Von den Experten einiger Institute, die sich mit internationalen Konflikten befassten, könne die Politik durchaus profitieren. Aber Friedens- und Konfliktforschung befasse sich auch mit Konflikten im eigenen Land. Parlament und Regierung seien daher aufgefordert, sich zu positionieren und auf den Minimalkonsens des Antrags einzulassen.

Die Fraktion der SPD erklärt ferner, dass sie den richtigen Ausführungen von Seiten des Koalitionspartners nur wenige Aspekte hinzufügen möchte. Ein Schwerpunkt der Förderung sollte auf den wissenschaftlichen Nachwuchs gelegt werden. Für die Friedens- und Konfliktforschung würden sich mehr junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler engagieren, wenn mehr nachhaltige und herausfordernde Stellen angeboten würden. Sie verweise ebenfalls auf den Bereich „Cyberwar“. Gerade der Bereich der naturwissenschaftlichen Friedens- und Konfliktforschung gerate aufgrund mangelnden Nachwuchses ins Hintertreffen. Da der Antrag wenige kontroverse Forderungen enthalte, lade sie dazu ein, ihm fraktionsübergreifend zuzustimmen.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** erklärt, der Einladung zur Zustimmung des Antrags nicht nachkommen zu wollen. Die Fraktion sei durchaus bereit gewesen sei, bei diesem wichtigen Thema einen gemeinsamen fraktionsübergreifenden Antrag zu entwerfen. Die globale sicherheitspolitische Lage sei prekär, und vor diesem Hintergrund sei es im Interesse aller Fraktionen, sich über Friedensforschung- und Konfliktprävention auszutauschen und sie zu stärken. Sie begrüße daher, dass mit dem Antrag ein Zeichen der großen Bedeutung der Friedens- und Konfliktforschung gesetzt werden solle. Ferner teile sie die Einschätzung, dass die nationale und internationale Kooperation ausgebaut werden sollte und die Forschungsergebnisse stärker für politische Entscheidungen genutzt werden sollten.

Die Fraktion kritisiere jedoch, dass der Antrag zu wenige konkrete Forderungen enthalte und dass die Maßnahmen auch unter einem Finanzierungsvorbehalt stünden. Die finanzielle Ausstattung der Friedens- und Konfliktforschung sei nach wie vor unzureichend. Es sei notwendig, dem wissenschaftlichen Nachwuchs bessere Strukturen und verlässliche Zukunftsperspektiven zu eröffnen. Dies gelte insbesondere auch für die Deutsche Stiftung Friedensforschung.

Der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sei es auch wichtig, die Erkenntnisse der Friedensforschung innerhalb der Gesellschaft stärker zur Anwendung zu bringen. So sollte die Friedenspädagogik bereits in Schulen und Jugendeinrichtungen implementiert werden. Ferner sollten zivilgesellschaftliche und ehrenamtliche Akteure einbezogen werden, damit die Forschungsergebnisse stärker mit Instrumenten der Krisenprävention vernetzt werden könnten. Darüber hinaus seien internationale Freiwilligendienste und Austauschprogramme für Schülerinnen und Schüler, Studierende und Auszubildende als friedenspolitische und konfliktpräventive Maßnahmen zu fördern. Schließlich empfehle sie, interdisziplinäre und internationale Studiengänge zum Forschungsfeld aufzubauen. Aufgrund der aufgezeigten Mängel des Antrags werde sich die Fraktion jedoch der Stimme enthalten.

Von Seiten der **Bundesregierung** wird erklärt, dass das BMBF den Antrag der Koalitionsfraktionen begrüße, da er wichtige Weichen für den Bereich der Friedens- und Konfliktforschung stelle. Sie sehe die Herausforderung darin, die Forschungsergebnisse in einer Weise aufzuarbeiten, dass sie auch von politischen Akteuren und in der Praxis nutzbar werden könnten. Es wird darauf verwiesen, dass sich das BMBF verstärkt mit Forschungs- und Transferprojekten befasst und diese unterstützt habe. Als zwei Beispiele werden der Salafismus als ernstzunehmende Bewegung in Deutschland und das hochaktuelle Thema „Flucht und Vertreibung“ genannt. Es sei von Seiten des Ministeriums geplant, verstärkt in Richtung gesellschaftliche Radikalisierung und Deradikalisierung sowie Konfliktbewältigung in Krisen- und Umbruchsituationen initiativ zu werden. Sie begrüßt auch den Vorschlag, die Friedens- und Konfliktforschung durch den Wissenschaftsrat evaluieren zu lassen, und weist darauf hin, dass bereits am 8. Dezember 2016 ein entsprechender Auftrag erteilt worden sei.

Berlin, den 14. Dezember 2016

**Dr. Claudia Lücking-Michel**  
Berichterstatlerin

**René Röspel**  
Berichterstatter

**Ralph Lenkert**  
Berichterstatter

**Kai Gehring**  
Berichterstatter

